



Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Johannes Rau
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner

Die Neue Gesellschaft 3

1982
29. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschriff der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Verlag Neue Gesellschaft
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich (stellvertretender Vorsitzender)
Iring Fetscher
Martin Greiffenhagen
Reimut Jochimsen
Richard Löwenthal
Susanne Miller
Peter von Oertzen

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 6,- DM, Jahresabonnement 48,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6,5% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 11

Zum Inhalt

Dieses Schwerpunktheft „Außenpolitik“ erscheint in einer für die Sicherheit der Welt, insbesondere aber auch: für die Sicherheit Europas mehr als prekären Situation. Erstens strampeln sich die Industriegesellschaften durch eine schwere, langdauernde strukturelle ökonomische Krise. Die Reaktionen darauf sind uneinheitlich und schwächlich. Um von der größten Volkswirtschaft der westlichen Welt zu sprechen: Wenn man die Prognose seriöser amerikanischer Institute und Zeitungen ernst nimmt, gehen die Vereinigten Staaten einer handfesten Pleite ihrer monetaristischen Wirtschaftspolitik entgegen. Die Europäer müssen dies ohne jede Schadenfreude registrieren: Sie werden von dieser Entwicklung in schmerzliche Mitleidenschaft gezogen. Im übrigen sind auch die europäischen Konzepte noch wenig überzeugend. Es kann nicht mehr ausgeschlossen werden, daß die Weltrezession im Herbst dieses Jahres zu einer Weltdepression wird.

Zweitens stehen sich bei den Supermächten zwei Führungen gegenüber, die füreinander immer schwerer kalkulierbar sind. Die amerikanische Administration ist (höflich ausgedrückt und von Haig abgesehen), sehr auf die amerikanische Innenpolitik konzentriert. Die sowjetische Führung ist überaltert. Schon spekulieren westliche Zeitungen über den Rücktritt oder die Entmachtung Breschnews. Niemand weiß, wer und was nach Breschnew wirklich kommt; jedenfalls sind die kommenden Männer – wie Rix Löwenthal im einzelnen beschreibt – im Westen unbekannt und mit dem Westen unvertraut. Daß diese Situation zu schrecklichen Konfrontationen führen könnte, liegt auf der Hand.

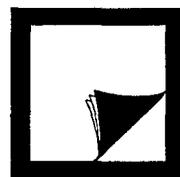
In dieser Lage ist die läppische Polemik zwischen neuen Isolationisten in den Vereinigten Staaten und neuen Neutralisten in Europa, die George Ball be-

schreibt, gefährlich. Dies ist nicht die Zeit für emotionsgeladene Scheingefechte in einem Bündnis, das sowieso neue Inhalte und Konzepte braucht. Aber warum finden dann diese Scheingefechte so viel Aufmerksamkeit? Weil die offizielle außenpolitische Debatte im Bündnis allzu zeremoniös und steril bleibt. Die Formeln, mit denen da gekämpft wird, stammen alle aus den fünfziger und sechziger Jahren.

Wir reden, so hat man den Eindruck, um die Macht herum. Besonders wir Deutschen. Das gilt für viele Sprecher der Friedensbewegung, die sich weder um die innenpolitische Absicherung ihrer Politik kümmern, noch gar um militärische oder ökonomische Kräfteverhältnisse; nach ein paar großen Demonstrationen glauben sie sich in der Mehrheit. Es gilt aber auch für viele etablierte Außenpolitiker, die die Überzeugungskraft in der Bevölkerung verlieren, weil sie in der glatten, abgegriffenen Sprache einer gestrigen Diplomatie die Abhängigkeiten einer nicht-nuklearen Mittelmacht verschweigen und krasse Fehler im eigenen Bündnis übertünchen wollen. Man sollte sie daran erinnern, daß in Demokratien auch die Außenpolitik mehrheitsfähig sein muß; Vietnam als Exempel, Salvador als Menetekel an der Wand.

Deshalb sind die herausfordernden und in vielen Elementen sicher umstrittenen Fragen Klaus Bloemers nach einer „europäischen Option“ notwendig. Man kann sicher zu anderen Ergebnissen kommen; aber wir Deutschen müssen aufhören, Ohnmachtsanfälle zu simulieren und nach dem Riechfläschchen zu rufen, wenn die Gewißheiten von gestern auf die Probe gestellt werden. Bloemers ungeschützte Thesen sollen Widerspruch auslösen; *Die Neue Gesellschaft* wird die Diskussion weiterführen.

Peter Glotz



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
206	Horst Ehmke	Sozialdemokratische Außenpolitik
214	NG-Gespräch mit Hans-Jürgen Wischnewski	Beiträge leisten
221	Richard Löwenthal	Das Erbe Breschnews und die Zukunft der Sowjetunion
226	George W. Ball	Europa und wir
230	Klaus Bloemer	Das Bündnis sollte modernisiert werden – Überlegungen zu einer europäischen Verteidigungsorganisation
241	Roswitha Bourguignon	25 Jahre Römische Verträge – Sozialdemokratische Perspektiven damals und heute
244	Christian Zänker	Die Isolierung des Eurokommunismus
253	Ernst Piehl	Die „neue“ Regionalpolitik der Europäischen Gemeinschaft aus der Sicht des Europäischen Gewerkschaftsbundes
257	Karl Kühne	Unechter Monetarismus der Bundesbank
262	Karl Kürti	Die leise Ungarische Erneuerung – Über die Dehnbarkeit einer Ideologie
266	Dieter Haak	Öffentlich-rechtlicher Rundfunk im Aufwind
269		Leserbriefe
271	Rudi Mews	Der west-östliche Goethe
274	Peter Reichel	Politische Kultur in Deutschland – ein Problem historischer Kontinuität und nationaler Identität
278	Karl-Heinz Naßmacher	Parteifinanzierung – Anstöße für die Kommission des Bundespräsidenten
281	Friedhelm Wollner	Zum Beispiel der Hausbesitzerverband
		Berichte aus europäischen Ländern
283	Europäische Gemeinschaft	Ein Sozialdemokrat auf dem Präsidentenstuhl
284	Belgien	Notfalls lieber deutsch
286	Dänemark	Auseinandersetzungen um den Monetarismus
287	Frankreich	Ruhm und Abstieg
289	Griechenland	100 Tage Reform
290	Großbritannien	Kraftprobe
292	Irland	Tumult nach Biersteuererhöhung
293	Italien	Breitseite aus dem Fernschreiber
294	Luxemburg	Das Ende des Zauberwortes
295	Niederlande	Die Regierungsbeteiligung ist peinlicher
297		Bücher

AUSSENPOLITIK

Horst Ehmke: Sozialdemokratische Außenpolitik

Dr. Horst Ehmke, Jahrgang 1927, Professor für öffentliches Recht, ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Parteivorstandes der SPD.

Die deutsche Frage

Nach meinem Verständnis ist die deutsche Frage für Europa von zentraler Bedeutung. Kurt Schumacher hat vor dreißig Jahren einmal gesagt, Aufgabe der SPD sei es auch, „dem deutschen Volk ein neues nationales Selbstbewußtsein zu geben, gleich fern von dem frevelhaften Übermut der Vergangenheit und der heute weit verbreiteten Meinung, in jedem alliierten Wunsch eine Offenbarung europäischer Gesinnung [ich füge hinzu: oder in jedem amerikanischen Wunsch eine Offenbarung atlantischer Gesinnung] zu sehen“. Ein solches deutsches Selbstbewußtsein kann heute aber nur ein Stück des europäischen Selbstbewußtseins sein. De Gaulles vielgescholtene Wort vom „Europa der Vaterländer“ war das vielleicht schönste, auf jeden Fall aber das realistischste Wort, das über das politische Europa gesagt worden ist.

Was kann das für uns Deutsche heißen? Zunächst negativ formuliert: zum Beispiel sicher nicht das, was in einem offenen Brief Robert Havemanns aus Ost-Berlin an Generalsekretär Breschnew anlässlich von dessen Besuch in Bonn zu lesen war – in einem Brief, der auch von anderen aufrechten Frauen und Männern aus der DDR und von vielen Bürgern der Bundesrepublik unterschrieben worden ist. Dort stand zu lesen: 36 Jahre nach Kriegsende müsse es endlich einen Friedensvertrag für Deutschland geben. Danach sollten alle „Besatzungstruppen“ abziehen. Und wie dann – so hieß es in dem Brief sinngemäß – die Deutschen ihre nationale Frage regeln würden, das solle man getrost ihnen selbst überlassen. Dazu kann ich nur ironisch sagen: so wie die Deutschen ihre nationale Frage ja immer selbst geregelt haben. Oder aber ohne Ironie: die Unfähigkeit der Deutschen, ihre nationale Frage zu lösen, hat in

der europäischen Geschichte zu viel Blut gekostet, als daß Deutsche mit ihren europäischen Nachbarn in Ost und West heute so reden dürften.

Die deutsche Frage lautet nicht, wie wir das Deutsche Reich von 1871 politisch wieder herstellen könnten. Die deutsche Frage lautet vielmehr, wie unser geteiltes Land statt zur weiteren Vertiefung zur Überwindung der Teilung Europas beitragen kann. Deutschland-Politik der Deutschen muß den Nachbarn in Ost und West die europäische Funktion dieser Politik deutlich werden lassen. Die Vorstellung einer isolierten Lösung der deutschen Frage ist unrealistisches Geschwätz, was bei uns allerdings traditionell leider oft als politischer Idealismus ausgegeben wird. Unsere Nachbarn aber möchte ich bitten, darüber nachzudenken, ob es für Europa genug sein kann, wenn sie nur ausdrücklich oder stillschweigend gegen eine deutsche Wiedervereinigung sind und jede deutsch-deutsche Begegnung und Beziehung mit Mißtrauen betrachten. Sie selbst können doch durch ihre Politik die europäische Perspektive des Umgangs mit der deutschen Frage bestimmen.

Eine solche Deutschland-Politik hat drei Dimensionen: Erstens darf – darin besteht Einigkeit mit Erich Honecker – von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen. Wie Herbert Wehner schon vor zwölf Jahren formuliert hat, liegt die Reifeprüfung unserer Nation darin, daß wir getrennt zu leben genötigt sind und dabei doch gemeinsam dem Frieden zu dienen haben.

Die zweite Dimension ist die immer weiter gehende Durchlöcherung jenes Vorhanges, den man vor noch nicht allzu langer Zeit, im Kalten Krieg, den „Eisernen“ genannt hat. Das ist für uns Deutsche – wie die Millionen Besucher der letzten Jahre zeigen – auch eine Frage des nationalen Zusammenhalts. In europäischer Sicht ist es eine Frage der Verwirklichung von Menschenrechten, wie sie in Helsinki auch von der östlichen Seite unterschrieben worden sind.

Die dritte Dimension ist die entspannungspolitische Dimension des friedlichen Wettbewerbs unterschiedlicher, ja entgegengesetzter Gesellschaftssysteme. Sie ist nicht nur darum unlösbar mit der deutschen Frage verbunden, weil die Grenze, die Europa und die Welt spaltet, mitten durch Deutschland geht. Sie ist es auch darum, weil Karl Marx und Friedrich Engels in Deutschland geboren wurden.

Die Teilung Deutschlands und Europas

Wir müssen uns immer wieder bewußt machen, daß sich in der Teilung Deutschlands und Europas

die ideologische Teilung der europäischen Arbeiterbewegung widerspiegelt. Die politische Überzeugung der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten hat sich durch die Entspannungspolitik nicht geändert. So wie es im Godesberger Programm – in Anlehnung an die Frankfurter Erklärung der Sozialistischen Internationale von 1951 – heißt: „Zu Unrecht berufen sich die Kommunisten auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie das sozialistische Gedankengut verfälscht. Die Sozialisten wollen Freiheit und Gerechtigkeit verwirklichen, während die Kommunisten die Zerrissenheit der Gesellschaft ausnutzen, um die Diktatur ihrer Partei zu errichten.“ Diese auf eigener Erfahrung beruhende entschiedene Ablehnung des Sowjetkommunismus ist für uns allerdings auch ein Grund, reformkommunistischen Ansätzen im Osten und europäischen kommunistischen Ansätzen im Westen mit aufmerksamem Interesse gegenüberzustehen.

Das sowjetische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist inzwischen so verkrustet, daß es nicht in der Lage sein wird, die Probleme der unter ihm lebenden Völker zu lösen. Noch weniger ist es in der Lage, die Würde des Menschen zu wahren und damit der Hoffnung des Sozialismus gerecht zu werden. Ich verkenne nicht die Leistung des Sowjetsystems im Vergleich zum zaristischen System. Ich habe auch nicht vergessen, daß 20 Millionen Bürger der Sowjetunion in einem „vaterländischen Krieg“ ihr Leben zur Verteidigung ihres Landes geopfert haben. Ich unterschätze die Stabilität der Sowjetunion nicht. Aber ich bezweifle, daß dieses System ohne grundlegende Reformen die vielen Probleme dieses großen Reiches auf die Dauer lösen können. Die Hoffnung, durch wirtschaftliche und technische Kooperation mit dem Westen um die Notwendigkeit grundlegender Reformen herumzukommen, hat jedenfalls getrogen. Das Gegenteil ist eingetreten, marxistisch formuliert: der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen in der Sowjetunion ist größer geworden.

Weit eindeutiger noch ist die Lage in Osteuropa. Das Sowjetsystem wird dort nicht nur als ineffizient, sondern auch als fremd empfunden. Die Aufstände in der DDR, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und die jüngste Entwicklung in Polen zeigen über alle bitteren Niederlagen und Niederschlagungen hinweg: der Sowjetkommunismus kann sich in Osteuropa auf Dauer nicht behaupten. Die Sowjetführung wird es allerdings nicht zulassen – und kann es von ihrem Standpunkt aus auch nicht –, daß sie sicherheitspolitisch das osteuropäische Vorfeld ver-

liert, das ihr nach dem Hitlerkrieg zugefallen ist und das die Völker der Sowjetunion mit einem so großen Blutopfer erkaufte haben. Das ist aber nicht nur für die Europäer im Osten und Westen ein Dilemma, sondern auch für die Sowjetunion selbst.

Welche Interessen und Motive haben eigentlich die Sowjetunion zur Entspannungspolitik in Europa geführt? Meines Erachtens ging es ihnen zunächst darum, für die eigene Entwicklung Zugang zu westlichem Kapital und Know-how zu gewinnen. Die sowjetischen Militärs stimmten dieser Politik aus Sorge vor den Machtentwicklungen Chinas zu. Es ging der Sowjetunion aber auch um eine Stabilisierung der – unter nationalen wie gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten – unruhigen Lage in Osteuropa. Die Sowjetunion hat die Erfahrung machen müssen, daß der Satz Talleyrands, man könne mit Bajonetten allerhand anfangen, man könne sich nur nicht auf sie setzen, auch für Panzer gilt. (Die polnischen Generäle werden die Erfahrung in Kürze auch machen). Die Zusammenarbeit mit dem Westen sollte die Sowjetunion also auch in Osteuropa wirtschaftlich und psychologisch entlasten. Für diese Politik zahlt die Sowjetunion notgedrungen einen Preis. Der Kontakt und der Austausch mit dem Westen haben zwar die Reformbewegungen in Osteuropa und ansatzweise auch in der Sowjetunion nicht hervorgerufen – sie entspringen den gesellschaftlichen Widersprüchen des Sowjetkommunismus selbst –, aber die Entspannungspolitik hat diesem Prozeß einen viel weiteren Bewegungsspielraum verschafft. Was sich seit August 1980 in Polen abspielt, ist ohne die Entspannungspolitik nicht zu denken.

Vielleicht hat die Sowjetführung diese „Ansteckungsgefahr“ unterschätzt, dann übrigens Arm in Arm mit unseren Konservativen, die ja vor lauter Angst, wir könnten uns unsererseits am Kommunismus infizieren, die ganze Ostpolitik verhindern wollten. Was für ein absurder Gedanke – jedenfalls für einen demokratischen Sozialisten –, wir müßten Berührungangst im Hinblick auf den Sowjetkommunismus haben. Unsere gesellschaftliche Ordnung im Westen ist zwar, wie wir gerade in diesen Jahren schmerzlich erleben, alles andere als vollkommen. Aber den Wettbewerb mit dem Sowjetkommunismus brauchen wir wirklich nicht zu scheuen.

Hält die Sowjetunion an der Zusammenarbeit mit dem Westen fest, muß sie dafür weiter diesen Preis zahlen. Würde sie die Entspannungspolitik aufgeben, so könnte sie in Isolierung vom Westen die Lebensdauer ihres jetzigen Systems in Osteuropa vielleicht verlängern, es sicher aber nicht auf die Dauer retten.

Die Sowjetführung muß sich also selber fragen, ob die Antwort auf die Frage nach der Stabilisierung Osteuropas nicht „Reformen statt Panzer“ lauten muß.

Das Lob, das Vertreter der Sowjetunion neuerdings den stillen, aber tiefen Reformen in Ungarn spenden, zeigt, daß die Sowjetführung sich dieses Dilemmas durchaus bewußt wird. Wir sollten uns auch in aller Nüchternheit fragen, ob nicht die im Vergleich „vorsichtige“ Behandlung der polnischen Frage durch die Sowjetunion seit dem August 1980 auf eine ähnliche Entwicklung hindeutet – auch wenn die Sowjetunion nie einen Zweifel darüber gelassen hat, daß es für sie sicherheitspolitische Grenzen solcher Entwicklungen gibt. Dabei nehme ich den Einwand durchaus ernst, daß die Sowjetunion – selbst bei Wahrung ihrer sicherheitspolitischen Belange – eine Reform, selbst einen Reformkommunismus schon wegen der Rückwirkung auf die Sowjetunion selbst auf keinen Fall dulden könne.

Aber die Sowjetunion steht, wie gesagt, selbst vor der Notwendigkeit von Reformen. Und sie betreibt, wie sehr sie sich auch immer eines weltrevolutionären Vokabulars dabei bedient, seit langem nackte Großmachtpolitik. Von der weltrevolutionären Ausstrahlung Moskaus ist ja auch nicht viel übrig geblieben: nach dem Schisma mit dem kommunistischen Jugoslawien und mit dem kommunistischen China, nach dem Krieg des mit sowjetischen Waffen ausgerüsteten kommunistischen Vietnams gegen Kambodscha, nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und angesichts des offensichtlichen Versagens des Sowjetsystems in Osteuropa.

Zusammengefaßt: der Westen, vor allem wir Westeuropäer müssen eine Politik treiben, die den Handlungsspielraum von Reformbewegungen in Osteuropa erweitern hilft. Dies ist aber nur möglich – auch wenn das manche nicht wahrhaben wollen –, wenn wir gleichzeitig die sicherheitspolitischen Interessen der Sowjetunion in Osteuropa in Rechnung stellen.

Das Beispiel Polens

Am Beispiel Polens ist dies konkretisierbar: Ich kenne niemanden in den Vereinigten Staaten oder in Westeuropa, der sagen würde, die NATO müsse wegen der Reformbewegungen in Osteuropa notfalls auch Krieg führen oder doch einen Krieg wagen. Ich fand es zwar, gelinde gesagt, deplaciert, daß eine frühere amerikanische Administration den Sowjets 1968 zu verstehen gegeben hat, wie sie mit dem Prager Frühling fertig würden, sei ihre Sache. Aber wir alle zusammen würden doch – und zwar auch im Inter-

esse der Osteuropäer – jeden für verantwortungslos erklären, der behaupten würde, man könne die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges in Europa militärisch revidieren.

Wenn das aber so ist, dann wäre es doch eine gefährliche Schaumschlägerei, den Eindruck zu erwecken, es verhielte sich anders. Gegenüber der Sowjetunion wäre das „brinkmanship“, gegenüber den Völkern Osteuropas aber ein schlichter Betrug. Was immer wir in Europa ändern wollen, es gilt der Grundsatz des Gewaltverzichts – oder wir enden alle zusammen in einer Katastrophe. Meines Erachtens steht zur Zeit nicht einmal eine „Finnlandisierung“ Polens zur Debatte, übrigens ein Wort, das ohnehin falsch ist, weil es der politischen Umsicht des tapferen finnischen Volkes nicht gerecht wird. Hätte „Zbig“ Brzezinski, statt Gerede über eine „Finnlandisierung“ der Bundesrepublik zu verbreiten, über eine „Finnlandisierung“ Polens nachgedacht, so wäre vermutlich auch er zu dem Ergebnis gekommen, daß die geostrategische Bedeutung Polens, durch das u. a. die Verbindungslinien der Roten Armee zu ihren in der DDR stationierten Divisionen laufen, eine friedliche Herauslösung Polens aus dem Militärbündnis des Warschauer Paktes ausschließt.

Diese von allen geteilte, wenn auch nicht von allen zugegebene Erkenntnis, schließt eine positive Stellungnahme zu den Reformbewegungen in Osteuropa keineswegs aus. Unsere Sympathie und Solidarität können doch nur denen gelten, die z. B. in Polen um Rechte kämpfen, für die die europäische Arbeiterbewegung seit mehr als hundert Jahren kämpft – und die auch die Sowjetunion in der Akte von Helsinki unterschrieben hat. Und dementsprechend muß unser Urteil über jede Art von Unterdrückung ausfallen. Das ist selbstverständlich und muß offen, laut und oft gesagt werden. Denen allerdings, die meinen, das hier bestehende Dilemma mit Kraftprotzerei bewältigen zu können, muß gesagt werden: die Außenpolitik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung im Vergleich zu ihren konservativen Vorgängerinnen lehrt, daß Veränderungen im heutigen Europa nicht durch eine Politik der großen Worte, sondern nur durch eine Politik der kleinen Schritte möglich sind. Wobei jeder Schritt strategisch so angelegt sein muß, daß er weitere Schritte in die gleiche Richtung nach sich zieht oder doch wenigstens ermöglichen hilft.

Die Sowjetunion sieht die Entwicklung in Osteuropa in einer langfristigen Perspektive. In Polen trifft sie dabei auf eine Institution, die über weit größere historische Erfahrung und einen noch längeren ge-

schichtlichem Atem verfügt: die Katholische Kirche. Der umsichtigen Politik des Papstes und der Katholischen Kirche in Polen ist Respekt zu bekunden. Aber wir selbst dürfen unser Verhältnis zu Osteuropa auch nicht auf Tagesaktualität und Schlagzeilen gründen. Wir werden unsere Position nur dann zur Geltung bringen können, wenn wir sie nicht alle Jahre oder alle Wahljahre ändern.

Der Reformkurs in Polen darf nicht mit Gewalt unterdrückt werden. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben den polnischen Militärrat an die von ihm gemachten Zusagen erinnert. Selbstverständlich ist auch unsere wirtschaftliche Hilfe nicht unabhängig von der weiteren Entwicklung in Polen. Wir dürfen aber nicht aus Voreiligkeit Fehler begehen und Chancen verschütten. Was die Kosten dieser Hilfe betrifft, hinsichtlich derer wir uns in der Bundesrepublik besonders gut auskennen, so müssen wir ohnehin an den Stolz der Polen appellieren, sich einmal selbst zu fragen, wieviele dieser Mittel anderen, z. B. objekt viel hilfsbedürftigeren Ländern der Dritten Welt zugute kommen könnten, wenn die Polen ihr eigenes Haus in Ordnung brächten.

Eine solche Politik, deren Sympathie offen den Reformbewegungen in Osteuropa gehört, die aber weiß, daß es sich um einen langen geschichtlichen Prozeß handelt, der auch die sicherheitspolitischen Interessen der Sowjetunion nicht außer acht lassen darf, eine solche Politik hat – auch das muß gesagt werden – eine Schwäche: Wer in Osteuropa unter großen Risiken Reformen anstrebt, ist nicht bereit, sich von uns im Westen – auch nicht von uns demokratischen Sozialisten – vorschreiben zu lassen, wieviel Prozent an Freiheit er jeweils in Anspruch nehmen darf. Ich verstehe das nur zu gut und nehme kein solches Zuteilungsrecht für uns in Anspruch. Aber ich hoffe, mit den Reformkräften in Osteuropa auch darin übereinzustimmen, daß auch sie die Bedingungen des nuklearen Zeitalters zu respektieren haben, wenn Europa nicht auf einem atomaren Friedhof wiedervereinigt werden soll. Ich schreibe das so offen, weil ich der Überzeugung bin, daß die Zeit für uns arbeitet.

Im übrigen: Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus wird nicht in Amerika entschieden, sondern in Europa und in der Dritten Welt. Ihr Ausgang hängt nicht von ideologischen Kampfspielen der Rechten in den Vereinigten Staaten ab, von denen viele nicht einmal zwischen Sozialismus und Kommunismus zu unterscheiden wissen. Er hängt auch nicht ab von den antikommunistischen Tiraden der europäischen Rechten, die diesen Unterschied

sehr wohl kennt, ihn aber oft verschweigt oder gar zu verwischen sucht. Die Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus in Europa ist vielmehr eine der großen Aufgaben der demokratischen Linken. Sie hat die geistige Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus nicht zu scheuen. Sie muß sich dabei allerdings auch der eigenen Blößen durchaus bewußt sein. Zehn Millionen Arbeitslose in Westeuropa zum Jahreswechsel 1981/82 zeigen: auch wir brauchen weitere Reformen. Wir brauchen einen über die wohlfahrtsstaatlichen Traditionen der europäischen Linken hinausgehenden Ansatz und wir brauchen ihn in europäischer Zusammenarbeit.

Das Verhältnis der zwei Weltmächte und der zwei Blöcke

Mir wäre mit Recht der Vorwurf des Eurozentrismus zu machen, wenn ich jetzt nicht gleich hinzufügte, daß die oben skizzierte Politik nicht zu lösen ist aus dem Verhältnis der zwei Weltmächte und der zwei Blöcke. Ein Westeuropa, das glaubte, zwischen den Großmächten – gewissermaßen in einem neutralistischen Naturschutzpark – in weltpolitischer Windstille dahinleben zu können, würde jeden Einfluß auf die Großmachtspolitik verlieren und würde seine Interessen, gerade auch seine Sicherheitsinteressen, nicht wahrnehmen können. Auch eine langfristige Auflockerung der Blöcke durch ein blockübergreifendes regionales Sicherheitssystem in Europa – wie es das Godesberger Programm der SPD als Ziel nennt, wie es der ehemalige polnische Außenminister Rapacki und andere entworfen haben und wie es auch aus den Reihen der europäischen Friedensbewegung gefordert wird – kann nur durch Verhandlungen von Block zu Block erreicht werden. Diese Verhandlungen müssen an dem heute gegebenen Zustand ansetzen, um von ihm schrittweise zu einer besseren Ordnung der Dinge zu kommen. Heute beruht das, was wir an Stabilität in der Weltpolitik haben, auf der gegenseitigen Abschreckung der Großmächte mit der Drohung atomarer Vernichtung. Neben sie muß – zunächst verfahrensmäßig – eine blockübergreifende *Sicherheitspartnerschaft* treten. Hier liegen heute große Schwierigkeiten und Gefahren.

Der Rüstungssektor ist heute nicht nur Ausdruck bestehender politischer Interessengegensätze. Er ist in zunehmendem Maße selbst zu einer Spannungsursache geworden. Die Vereinigten Staaten haben Sorge, daß die Sowjetunion sie militärisch überholen könnte. Der innenpolitische Streit in Amerika darüber, ob der SALT II-Vertrag einer solchen Entwick-

lung Vorschub leisten oder aber ihr einen Riegel vorschoben würde, hat zur Nichtratifizierung des SALT II-Vertrages durch die Vereinigten Staaten geführt. Die Sowjetunion hat Sorge, daß ihr die 1972 prinzipiell zugestandene „Gleichheit und gleiche Sicherheit“ doch vorenthalten werden soll, und sie wähnt sich zunehmend einem kombinierten Potential Amerikas, Westeuropas, Japans und Chinas ausgesetzt. Solche Einkreisungssängste haben schon einmal in der europäischen Geschichte – in der Politik des deutschen Kaiserreiches – in den Teufelskreis einer self-fulfilling prophecy geführt. Eine Sowjetunion, die die einseitigen Rüstungsverschiebungen und -verzichte Präsident Carters – MX-Rakete, B1-Bomber, Neutronwaffen – mit forcierter Rüstung beantwortet hat, muß sich nicht wundern, wenn sich in den Vereinigten Staaten die politischen Kräfte durchsetzen, die nur von einer Position der Stärke aus verhandeln wollen. Eine Sowjetunion, die Afghanistan militärisch besetzt, muß sich nicht wundern, wenn China und die Vereinigten Staaten näher aneinander rücken. Eine Sowjetunion, die in ihren fernöstlichen Gebieten SS-20 Raketen aufstellt, muß sich nicht wundern, wenn Japan über die Erhöhung seiner Selbstverteidigungs-Ausgaben nachzudenken beginnt. Und eine Sowjetunion, die seit Jahren, trotz aller unserer eindringlichen Vorhalte, gegenüber Westeuropa ein ständig wachsendes Drohpotential an eurostrategischen Raketen aufbaut – obwohl seit 1963 keine amerikanischen Raketen, die die Sowjetunion erreichen können, mehr in Westeuropa stehen –, diese Sowjetunion kann sich auch nicht über den NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 wundern.

Wir dürfen das strategische und eurostrategische Gleichgewicht nicht in Frage stellen lassen. Dabei verstehe ich „Gleichgewicht“ weder numerisch noch philologisch. Ich verstehe es politisch: keine Seite darf über militärische Optionen verfügen, mit denen sie die andere Seite unter Druck setzen, erpressen oder ohne eigenes Überlebensrisiko angreifen kann. Gleichgewicht war von Anbeginn die Grundlage der Entspannungspolitik zwischen den Blöcken. Was wir brauchen, ist – da das Anhäufen von Waffen die Kriegsgefahr ständig vergrößert – ein Gleichgewicht auf einem wesentlich niedrigeren Niveau von Truppenstärken und Rüstungen. Entspannungspolitik und Wettrüsten können nicht beliebig lange nebeneinander herlaufen. Für keine Seite ist mehr Sicherheit durch ein Fortsetzen des Wettrüstens zu gewinnen. Wir brauchen einen Durchbruch im Bereich der Rüstungskontrolle, wenn die Rüstungsentwicklung nicht

völlig außer Kontrolle geraten soll.

Helmut Schmidt hat daher in meinen Augen große Verdienste, weil er so wesentlich dazu beigetragen hat, die beiden Weltmächte aus einem Zustand der Sprachlosigkeit wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Am 30. November 1981 haben in Genf die Verhandlungen über eurostrategische Waffen begonnen. Damit haben wir gegenüber denjenigen Recht behalten, die behauptet haben, der NATO-Doppelbeschluß werde solche Verhandlungen unmöglich machen. In Wirklichkeit war es umgekehrt: ohne die beiden Teile des NATO-Doppelbeschlusses hätten wir die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten nicht an den Verhandlungstisch gebracht. Ich wünsche mir als Ergebnis dieser Verhandlungen eine Null-Lösung, wie sie Präsident Reagan in einer Rede skizziert hat: Die Sowjets sollten ihr eurostrategisches Potential soweit abbauen, daß wir auf die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen verzichten können. Auf ein solches Verhandlungsergebnis müssen alle Europäer im Interesse der Sicherheit Europas drängen und hinwirken. Auch die Friedensbewegung muß ihre Fixierung auf den NATO-Doppelbeschluß aufgeben und sich für Verhandlungsergebnisse einsetzen, die nicht nur für die beiden Großmächte, sondern auch für Europa als zufriedenstellend empfunden werden können.

Diese Verhandlungen dürfen von niemandem wieder in Frage gestellt werden. Die Zeit drängt, gerade in Europa. Die Wiederaufnahme der SALT II- oder, wie es jetzt heißt, der Start-Verhandlungen wird hoffentlich in wenigen Wochen erfolgen. In Wien brauchen wir einen ersten MBFR-Vertrag und in Madrid ein Mandat für eine europäische Friedenskonferenz, auf der vertrauensbildende Maßnahmen – zum Beispiel zur Verhinderung von Überraschungsangriffen – als Grundstein für ein regionales Sicherheitssystem in Europa beschlossen werden könnten.

Wir dürfen uns nicht täuschen. Wir stehen nicht vor irgendeiner beliebigen Verhandlungsphase, nicht vor einer unter vielen. Gelingt es jetzt nicht, die Rüstungsspirale erst zu verlangsamen und dann zu stoppen, werden die Gefahren sprunghaft wachsen. Das gilt nicht nur für das Ost-West-, sondern auch für das Nord-Süd-Verhältnis.

Das Nord-Süd-Verhältnis

Die Industriestaaten des Westens sind ihren Aufgaben im Bereich der Nord-Süd-Politik bisher nur sehr begrenzt nachgekommen. Die Sowjetunion hat es bisher abgelehnt, in diesem Bereich überhaupt Verantwortung zu übernehmen. Die Lieferung von Waf-

fen und Propagandamaterial ist keine Entwicklungshilfe. Die völkerrechtswidrige Besetzung Afghanistans, die versuchte Vergewaltigung eines kleinen blockfreien Landes sind eine Provokation gerade auch der Dritten Welt. Hier hat ein Akt des Neokolonialismus stattgefunden, der nicht dadurch besser wird, daß seine Wurzeln bis in die Geschichte des Zarismus zurückreichen. Das Europäische Parlament hat kürzlich einen Afghanistan-Tag beschlossen. Ich hoffe, daß die Vereinten Nationen diesem Beispiel folgen werden. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Länder der Dritten Welt als Spielplatz oder Hinterhof für Großmachtinteressen behandelt werden – oder wir werden unsere Glaubwürdigkeit verlieren.

Aus dem gleichen Grunde stehen wir – in Übereinstimmung u. a. mit unseren mexikanischen Freunden – der amerikanischen Politik in Zentralamerika kritisch gegenüber. Nicht, daß man diese Politik mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan auf eine Stufe stellen dürfte. Wir Europäer – Sozialisten wie Christdemokraten – haben auch ausreichend Gelegenheit gehabt, unseren amerikanischen Freunden unsere Einwände darzulegen. Die soziale Revolution Zentral- und Lateinamerikas läßt sich durch Gewalt vielleicht verzögern, aber nicht aufhalten. Ein Zusammenspiel mit der Reaktion in diesen Ländern ist nicht geeignet, diesen Prozeß in

friedlichen Bahnen zu halten oder ihn in solche Bahnen zu lenken. Wohl aber ist ein solches Zusammenspiel mit der Reaktion geeignet, die Glaubwürdigkeit des Westens zu zerstören.

Wir dürfen auch sowjetische Indoktrinierungsversuche in diesen Teilen der Welt nicht mit eigenen Indoktrinierungsversuchen beantworten. Die Sozialistische Internationale sieht ihre Allianz mit progressiven Bewegungen der Dritten Welt nicht als ein Feld für missionarische Tätigkeit an. Die Länder der Dritten Welt müssen ihren eigenen Weg und ihre eigene Ordnung finden. Dazu brauchen sie von uns keine Almosen, sondern Zusammenarbeit. Wir selbst sind aber auch auf diese Zusammenarbeit angewiesen. Denn viele Probleme der Industrieländer des Nordens sind – wie u. a. der Orientierungsrahmen '85 zu zeigen versucht hat – mit den Problemen der Dritten Welt untrennbar verknüpft.

Die Konferenz von Cancun – die auf eine Anregung der Brandt-Kommission zurückging – war ein Schritt in die richtige Richtung. Aber die größte Arbeit haben wir auch hier noch vor uns. Ob wir sie anpacken und wie wir sie anpacken, ist für die Erhaltung des Friedens – wie für die Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus – nicht weniger wichtig als unsere Politik in Europa.